

ordnende, in System ebrachte staatliche Ingerenz zweckentsprechend durchgeführt werden kann. Als natürliche Folge dieser Maßregeln ergibt sich, daß eine schrankenlose Betätigung von Handel und Erzeugung vorerst bis nach der Durchführung des größeren Teiles der Demobilisierung nicht möglich sein und nur das Eingreifen des Staates hier eine gerechte Ordnung aufrechterhalten kann.

Als weitaus schwierigeres Problem stellt sich die Wiederherstellung der vollen Handelsfreiheit im Gesichtswinkel der Valutafrage dar. Auf diesem Gebiete kann das Eingreifen des Staates doch nur einen Zweck haben: nämlich die Aufrechterhaltung unserer Solvenz im internationalen Geldverkehr zu sichern. Es ist klar, daß dies im engsten Zusammenhange mit dem Import steht und daß das Zurückdrängen desselben ein eminentes staatliches und volkswirtschaftliches Interesse bildet. Aber es ist auch einleuchtend, daß, wenn wir nicht importieren, es auch mit dem Export nicht gehen wird, den wir aus dem gleichen Gesichtspunkte nötig haben; und man kann noch so sehr Sparsamkeit und Einschränkung predigen, über ein gewisses Maß hinaus sind diese ja nicht durchführbar. Der Mangel an Rohstoffen, die wir nicht erzeugen und die wir unmöglich entbehren können, legt uns hier Schranken auf, die stärker sind als unser Wille zur Entfugung. Und da auch unsere Verschuldung im Auslande sich nach dem Kriege nicht geringer darstellen wird als vorher, so ist es evident, daß ohne ein systematisches Eingreifen des Staates auf diesem Gebiete eine vorsichtige und alle Zwecke gerecht und gleich wahrnehmende Obhut nicht möglich wäre. Dies bezieht sich sowohl auf die Frage des Schifftraumes wie auf jene der Finanzierung des unumgänglich notwendigen Imports. Der Staat muß also übergangsartig der Frage der Seeschifffahrt und der Handelsmarine der Monarchie mehr denn je näher treten, so wie er der Bewegung der Finanzpolitik des auswärtigen Kredits die höchste Beachtung widmen muß; denn darüber müssen wir uns doch im klaren sein: an eine volle Wiederherstellung unserer Geldrelation auf natürlichem Wege ist für absehbare Zeit nicht zu denken.

Schon vor dem Kriege war die Situation sehr bedenklich; ohne jährlich wiederkehrende Verschuldung an das Ausland wäre die Oesterreichisch-ungarische Bank schon damals nicht in stande gewesen, die von ihr übernommene Aufgabe der Aufrechterhaltung unserer Valuta zu erfüllen. Dabei spielten die heimgekehrten Ersparnisse unserer amerikanischen Emigrierten eine ganz bedeutende Rolle. Wie sieht dies nun nach dem Kriege aus? Die westeuropäischen Länder, wie England und Frankreich, wo es uns trotz aller politischen Animositäten gelang, jährlich in Summa nicht unbedeutende, langfristige, private und kommunale Schulden zu kontrahieren, fallen für uns weg. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß wir hierfür in den neutralen Staaten Ersatz finden können, die ja zum Teil, wie Holland und die Schweiz, sich auch vor dem Kriege bis zu einer gewissen bescheidenen Höhe für die Abnahme unserer Schuldverschreibungen willig zeigten und so ein Element unserer Zahlungsbilanz bildeten. Vor einigen Monaten hatten wir noch die Hoffnung, eventuell in Amerika Ersatz finden zu können, aber ich glaube, man wird mir zustimmen, wenn ich sage, daß durch das Eingreifen der Vereinigten Staaten in den Krieg diese Hoffnung für Jahre hinaus vereitelt erscheint. Auch das Geld, das unsere in Amerika arbeitenden Konnationalen einsenden, darf man in absehbarer Zukunft nicht mehr in bedeutendem Maße in Rechnung stellen, da auch auf diesem Gebiete gewaltige Veränderungen zu erwarten sind, die im engsten Zusammenhange stehen mit der Entwicklung der Lohn- und Lebensverhältnisse, wie sie sich hierzulande zeigen.

Deutschland gegenüber sind wir auch während des Krieges stark in Verschuldung geraten, und es unterliegt keinem Zweifel, daß Deutschland nach dem Kriege uns für eine Konsolidierung der schwebenden Schulden seinen Markt öffnen wird. Eine offene Frage bleibt es, und das bildet vielleicht den Angelpunkt der ganzen problematischen Situation, ob Deutschland auch die Kraft besitzen wird, nebst seinem eigenen großen Geldbedarf, der sich nach dem Kriege ergeben wird, nebst der Türkei und den Balkanstaaten, auch als Bankier für Oesterreich und Ungarn zu fungieren, das heißt uns mehr oder weniger die Mittel zu liefern, um unser jährliches Defizit der Finanzbilanz zu decken, auch dann, wenn Oesterreichs und Ungarns Völker in einsichtiger Selbstzucht und Entfugung auf Artikel verzichten werden, die nicht nur Luxus-, sondern auch fast unentbehrliche Lebensbedürfnisse befriedigen sollen und die nur durch Import gedeckt werden könnten. Ich bin leider nicht in der Lage, auch nur annähernd ein ziffernmäßiges Bild zu bieten, wie sich die Zahlungsbilanz der Monarchie nach dem Krieg stellen dürfte. Es hat sich wie auf allen anderen Gebieten alles und so vieles verschoben, sicher aber nicht zu gunsten unserer Zahlungsbilanz. Diese Situation führt meiner Ueberzeugung nach notgedrungen zu dem Versuche einer Auseinandersetzung über dieses Thema mit Deutschland. Ich bin Optimist genug, zu meinen, daß unser intimes politisches Bündnis sowie der zu erwartende handelspolitische Zusammenschluß schließlich auch auf diesem Gebiete zu einer Verständigung führen dürfte, in welcher ich vorerst den einzigen Ausweg aus dieser prekären Situation erblicke. All diese Gesichtspunkte erscheinen natürlich eine weitgehende Ingerenz des Staates auf dem Import von Waren und Effekten und demzufolge eine Beeinträchtigung der im übrigen von mir so hoch gehaltenen und stark befürworteten absoluten Handelsfreiheit, in der allein ich die Panacee für die Wiederherstellung gesunder Verhältnisse und in weiterer Folge ein Mittel für eine gesunde Entwicklung unserer Volkswirtschaft erblicke. Allerdings das für lange Zeit in Aussicht stehende Disagio unserer Noten muß ja an sich schon die Wirkung einer wesentlichen Beeinträchtigung der Wareneinfuhr haben und kann nur dort wirkungslos bleiben, wo es sich um absolut unentbehrliche Rohmaterialien handelt, wie zum Beispiel Baumwolle, Kupfer, Erze und dergleichen. Trotzdem — ich wiederhole es — muß man eine gewisse Zeit dem Einflusse des Staates mehr Spielraum lassen als je zuvor, etwa bis zu jenem Zeitpunkt, wo der Bezug auswärtiger Waren wieder in normalen Grenzen sich bewegen wird und keine überstürzte Importbewegung auf dem Markt der ausländischen Zahlungsmittel desaströse Zustände zeitigen würde.

Im vorstehenden meine ich die Grenzen zu erblicken innerhalb welcher die Einflußnahme des Staates notwendig sein wird, um beim Ueberleiten in die Friedenswirtschaft schädliche Strömungen zu vermeiden. Ueber diese Begrenzungen hinaus indessen müßte die Reglementierung von Produktion und Handel sofort nach Wiederherstellung des Friedens eingestellt werden, denn keine staatliche Organisation kann ein pulsierendes Wirtschaftsleben erfassen und an Fröhlichkeit, Fleiß, Intelligenz, Sachkenntnis und Mäßigkeit des Handelns sich mit ihm messen. Auch ist der freie Wettbewerb der Kräfte nicht zu entbehren bei dem Abbau des Kriegspreisniveaus, dem Hauptziel aller Uebergangsprobleme.

Leider muß man jedoch konstatieren, daß bei den Ruder befindlichen sowie bei den nach Herrschaft ringenden politischen Parteien eine akzentuierte antimerkantile und antikapitalistische Strömung einsetzt, welche nichts Gutes Gutes heißt für den Standpunkt, den ich hier vertrete. Symptomatisch hierfür ist die Steuerpolitik, die langsam ihre Klauen zeigt, und deren antiwirtschaftliche Durchführung die Verordnungen über die Preisfestsetzungen, die Schaffung von Gesetzen mit rückwirkender Kraft, welche alle festgewurzelten Rechtsbegriffe ins Schwanken zu bringen geeignet sind, der geringe Sinn für die Schonung kaufmännischer Ehre und bürgerlichen Ansehens, die Duldung von Preisheben gegen Kapital und Großindustrie trotz Zensur und trouga Del.

Es scheint mir nicht möglich, heute ein Prognostikon zu stellen, welche Auffassungen und Neuorientierungen über die soziale Ordnung der ganzen Gesellschaft nach Rückkehr des Friedens zur Geltung kommen werden. Was haben wir zu erwarten von der geistigen Umwandlung, welche unsere Millionenherde aus den Schützengräben heimbringen werden? Welche Früchte wird der sozialistische Einschlag zeitigen, welchen fast alle Berufskreise unserer ganzen Gesellschaftsordnung beizumengen bestrebt sind? Sieht da nicht zu befürchten, daß mit der wünschenswerten Erhöhung des Lebensstandes der Arbeiterklasse als Begleitererscheinung ein Herunterdrücken des Niveaus des Mittelstandes Hand in Hand gehen wird? Dies hielte ich für katastrophal nicht nur für das gesamte Kulturleben der Menschheit, welches schließlich in der Mittelklasse seinen eigentlichen Nährboden findet, nicht nur vernichtend für den Mittelstand selbst, sondern auch für die Arbeiterklasse, die ihre Existenz doch nur aus den geistigen Blüten der Intelligenzschichten saugen kann. Nicht ohne Besorgnis kann man daher eine gewisse Gleichgültigkeit beobachten, welche die Regierungen gegenüber dem Sturm auf gegen die legitimsten Interessen von Handel, Industrie und Kapital bekunden; kaum ein energischeres Wort, geschweige denn ein warmes gegen diese Strömung, keine Ermutigung für die merkantilen Kreise und kapitalistischen Organisationen, die sie stärken könnte in diesem Kampfe. Nichts, was die tiefe, durch verschiedene Erscheinungen der letzten Zeit hervorgerufene Verstimmung und im Interesse unserer Volkswirtschaft höchst beklagenswerte Arbeitsverdrossenheit zu bannen geeignet wäre. Man spricht viel von Agrarpolitik, von Bodenpolitik, von sozialer Fürsorge für die Arbeiterklasse, vom Schutz des gebundenen Besitzes, der Toten Hand, vom Schutz des kleinen Mannes — gewiß lauter sehr wichtige Staatsprobleme, deren dem Zeitgeiste entsprechende Lösung jedem von uns warm am Herzen liegt. Bezeichnenderweise hört man aber nichts von eigentlicher Mittelstandspolitik, hört man nichts davon, daß die Eröffnung neuer Erwerbsquellen die Sorge der Regierungen bildet und wie man die breiten Schichten der erwerbenden, schaffenden Bürgerkreise, des städtischen Bürgertums in all seinen Gliederungen in den Stand setzen kann, den horrenden Aufgaben der Zukunft kräftig und mutig ins Angesicht zu schauen und sich den Löwenanteil herausnehmen zu können, um den aus tausend Wunden blutenden Staat wieder zu einem gesunden, lebensfähigen Organismus zu gestalten. Es scheint mir höchste Zeit, daß sich Regierungen wie Parteien darauf besinnen, daß über die politischen Parteiverhältnisse hinaus gewaltige Interessen bestehen, welche die ganze Ordnung der bürgerlichen Gesellschaft berühren und deren Schutz der Regierungen erste und strengste Pflicht sein muß.

Neue Fre

Staat und Mittelstand in der Uebergangswirtschaft.

Vom Gehe men Rat Leo Laczky.

Mitglied des ungarischen Magnatenhauses und Präsident der Budapester Handels- und Gewerbelammer.

Budapest, 24. Mai.

In der vorjährigen Osternummer der „Neuen Freien Presse“ habe ich meine Stimme erhoben für die restitutio in integrum des Handels auf der ganzen Linie sofort nach Beendigung des Krieges, um auf diese Weise die Kräftigung der Mittelklasse und die Wiederherstellung ihrer Erwerbsfähigkeit mit möglichst Raschheit in die Wege zu leiten. Diese Anschauung hat in weiten Kreisen Anklang gefunden und sich seither in allen Schichten der Gesellschaft viele Anhänger erworben. Auffallend bleibt dabei nur eines: daß seitens der Regierungen hüben wie drüben autoritative, ermutigende Äußerungen nicht gefallen sind; und doch hätte man dies gerade von den engsten Kreisen der Regierung erwarten dürfen, da es doch nirgendwo besser als in jenen Regionen bekannt ist, welche ungeheuren Opfer an Kapital, Arbeit und Belastung gerade von der Mittelklasse in allen ihren Schichtungen angebracht und in Anspruch genommen werden sollen. Schon dieser Gesichtspunkt allein müßte alle Faktoren in dem Gedanken vereinen, daß die Fesseln, welche während der Kriegsdauer notgedrungen der freien Betätigung von Produktion und Handel angelegt wurden, möglichst bald gelockert und ganz gelöst werden.

Es wäre heute müßig, darüber zu rechten, ob die Verhältnisse auf dem weiten Gebiete der Volksernährung sich nicht wesentlich günstiger gestaltet hätten, wenn — wie das so viele behaupten — das Gesetz von Angebot und Nachfrage nicht gewalttätig unter den Staatswillen gebeugt worden wäre, und ob die enorm unerschwingliche Verteuerung aller Verbrauchsmittel solche Dimensionen angenommen haben würde, wenn man sich der freien Betätigung des vermittelnden Handels nicht entgegengestellt hätte. Für die nächste Zukunft scheint mir eines sicher: nämlich, daß bis zu der vollständigen Handelsfreiheit zwei Etappen zu überwinden sein werden, und zwar, erstens eine kürzere Periode der militärischen Demobilisierung und zweitens die Periode, in welcher die Rücksicht auf unsere Valutaverhältnisse oder präziser ausgedrückt, auf die Aufrechterhaltung unserer Solvenz im internationalen Zahlungsverkehr als oberstes Gebot aller staatlichen Maßregeln zur Geltung zu bringen sein wird.

Beide Etappen können nicht ohne die ordnende, schlichtende Hand des Staates überdauert werden. Die militärische Demobilisierung erfordert eine wohlüberdachte Liquidierung der unter militärischer Verwaltung aufgestapelten und zentralisierten Vorräte an Nahrungsmitteln und für die Heimbeförderung der Truppen eine enorme Inanspruchnahme der Eisenbahnen und ihres rollenden Materials. Es ist einleuchtend, daß dies nicht chaotisch, willkürlich und chaotisch geschehen, sondern nur durch eine